Editorial

Online publiziert: 12. August 2011
© Springer-Verlag 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Erdbeben in Japan und der Havarie des Atomkraftwerks in Fukushima hat die Energiedebatte in der EU einen neuen Schub erhalten. Ob nun aus innerer Überzeugung oder als Ausdruck einer Wahlkampfstrategie, in Deutschland schrieb sich die schwarz-gelbe Bundesregierung in der Folge sogar einen zeitnahen Ausstieg aus der Atomenergie auf die Fahnen. Ein weiterer Ansatz in der Diskussion um einen besseren Umgang mit Energie ist die Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudesektor. Um dieses Potenzial mehr als bisher zu nutzen, kreierte die EU das Projekt Urb.Energy. Es soll helfen – zunächst beschränkt auf einige Ostseeanrainerländer – die Quote der energetischen Gebäudesanierungen europaweit erhöhen. Im Interview erläutert Andreas Lindner, Mitarbeiter beim Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und Projektleiter von Urb.Energy, Aufgaben und Perspektiven des Vorhabens. Ebenfalls mit dem Themenkreis der energetischen Sanierung geht es im Aufsatz von Michael Färber. Er stellt am Beispiel Berlin einen Zusammenhang her zwischen der Notwendigkeit solcher Maßnahmen und der Sozialstruktur in den fraglichen Stadtquartieren.

Nachhaltigkeit – der schillernde Begriff ist in aller Munde. Was er eigentlich bedeutet und wie er auch in die Planung industrieller Standorte Eingang finden kann, beschreibt das Autorenteam um Simone Krause in seinem Beitrag.

Extremereignisse wie die Hitzewelle und die Trockenperiode des Sommers 2003 haben das Bewusstsein vieler in Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels deutlich geschärft. Die Befragung von Akteuren hilft, diese Folgen für verschiedene Arbeitsbereiche besser zu verstehen und die Sicht der Betroffenen in die Klimafolgenforschung einzubinden. Michael Stölzle und Kerstin Stahl stellen in ihrem Artikel eine Umfrage unter verschiedenen Wassernutzern in Baden-Württemberg vor.

Noemi Fernandez Sanchez schildert den Weg zweier alt-industrialisierter europäischer Hafenstädte – Duisburg und Avilés –, die sich von Problemkindern zu selbstbewussten Kulturstädten mausern wollen. Durch die städtebauliche Aufwertung und neue Nutzung der Hafengebiete soll der Strukturwandel in den Städten sowie in den sie umgebenden Regionen befördert werden.

Brigitte Wotha schließlich beschreibt am Beispiel einer kleinen Gemeinde in Schleswig-Holstein den Ansatz der Inklusion. Er besagt, dass durch die Mitnahme und Teilhabe möglichst aller Bewohner am Prozess der städtebaulichen, sozialen und infrastrukturellen Gestaltung des Dorfes eine Verbesserung der Lebensqualität erreicht werden soll. Auf diesem Wege sei eine größere Zufriedenheit mit dem Leben im ländlichen Raum zu erzielen, einer weiteren demographischen Ausdünnung könne vorgebeugt werden.

Zum Schluss eine Ermunterung: am 11. November finden im Rahmen einer DVAG-Veranstaltung in Leipzig (s. DVAG intern) die Mitgliederversammlung und die Vorstandswahlen statt. Nutzen Sie diese Gelegenheit zur aktiven Teilhabe an der Verbandsarbeit! Wählen können Sie natürlich auch per Post.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Dipl.-Geogr. Ute Christina Bauer
STANDORT-Redakteurin